

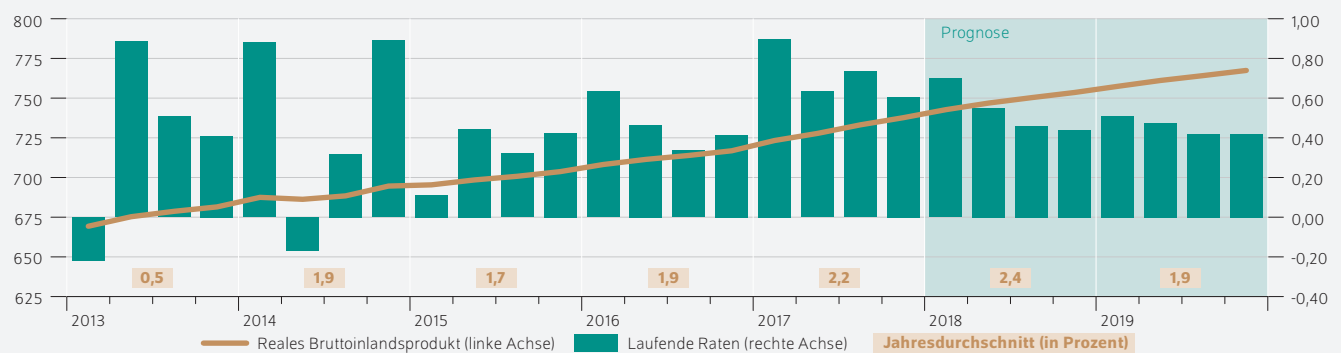
AUF EINEN BLICK

## Neue Regierung schickt deutschen Aufschwung in die Verlängerung

- Deutsche Wirtschaft wächst 2018 voraussichtlich um 2,4 Prozent, 2019 um 1,9 Prozent
- Starke Exporte dank florierender Weltwirtschaft sowie dynamischer Konsum stützen die Konjunktur
- Von der neuen Bundesregierung geplante expansive Maßnahmen heben Wachstum um 0,3 Prozentpunkte im Jahr 2019
- Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit erwartet, aber Beschäftigungsaufbau verlangsamt sich
- Weltwirtschaft dürfte in diesem Jahr um mehr als vier Prozent wachsen, im kommenden Jahr etwas weniger
- Globaler Aufschwung intakt, schwächt sich aber ab

### Die deutsche Wirtschaft wächst weiter kräftig

Reales BIP in Milliarden Euro und Veränderung zum Vorquartal in Prozentpunkten



Quelle: DIW Frühjahrsgrundlinien 2018.

© DIW Berlin 2018

### ZITAT

„Die Weltwirtschaft ist in guter Verfassung und Deutschland als Exportnation profitiert ganz stark davon, allen voran die Industrie. Das befeuert die Investitionen, während der Konsum von dem starken Arbeitsmarkt profitiert. Auch von den US-Zöllen auf Stahl und Aluminium ist zunächst mal keine spürbare Wirkung auf die Konjunktur zu erwarten. Ein protektionistischer Wettlauf, wie er sich daraus jetzt entwickeln könnte, wäre aber Gift für die deutsche Wirtschaft.“

— Ferdinand Fichtner —

# Neue Regierung schickt deutschen Aufschwung in die Verlängerung

Von **Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Karl Brenke, Christian Breuer, Marius Clemens, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Stefan Gebauer, Simon Junker, Claus Michelsen, Malte Rieth und Thore Schlaak**

Die deutsche Wirtschaft dürfte nach Einschätzung des DIW Berlin in diesem Jahr um 2,4 Prozent wachsen und im kommenden Jahr um 1,9 Prozent. Die Prognose wird damit im Vergleich zum Dezember für dieses Jahr um 0,2 Prozentpunkte und für kommendes Jahr um 0,3 Prozentpunkte angehoben. Im Wesentlichen spiegelt dies die neuen finanzpolitischen Rahmenbedingungen wider, die sich aus dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD ergeben. Allein die dort vereinbarten Maßnahmen dürften das Wachstum im kommenden Jahr um gut 0,3 Prozentpunkte anheben; unterstellt wird, dass die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Maßnahmen ab dem Jahr 2019 wirksam werden.

Für die Legislaturperiode bis 2021 – und zu wesentlichen Teilen bereits 2019 – sind erhebliche Entlastungen der privaten Haushalte zu erwarten. So dürfte allein die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2019 eine Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von 5,8 Milliarden Euro nach sich ziehen. Zwar schlagen sich die im Gegenzug höheren Belastungen der Unternehmen in etwas geringeren Gewinneinkommen nieder; per Saldo verbleibt aber ein deutliches Plus bei den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Hinzu kommen eine für die Jahreswende 2018/19 zu erwartende Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung, die ebenfalls 3,6 Milliarden Euro Entlastung bei den privaten Haushalten im kommenden Jahr nach sich zieht. Schließlich gehen von der angekündigten Erhöhung des Kindergelds und der Kinderfreibeträge sowie der Ausweitung der Mütterrente und der Einführung einer Grundrente Impulse in Milliardenhöhe aus, die die verfügbaren Einkommen und so die Konsumausgaben der privaten Haushalte ankurbeln.

Daneben sind im Koalitionsvertrag zusätzliche investive Ausgaben des Bundes – etwa für den Breitbandausbau, für Forschung und Entwicklung, sowie für den sozialen Wohnungsbau – vorgesehen; sie belaufen sich im Prognose-

zeitraum auf insgesamt 1,5 Milliarden Euro und dürften die Konjunktur leicht anregen.

Konjunkturell erforderlich sind all diese Impulse freilich nicht. Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Frühjahr 2018 in einer Hochkonjunktur. Die Weltwirtschaft wächst kräftig und sorgt für eine dynamische Expansion der deutschen Exporte. Dies kommt vor allem der deutschen Industrie zu Gute, die verstärkt in Maschinen und Ausrüstungen investiert. Aber auch bei den Dienstleistern klingelt die Kasse, denn die privaten Haushalte geben angesichts der anhaltend außerordentlich günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt und insgesamt kräftiger Lohnabschlüsse mehr und mehr Geld für den Konsum aus. Lediglich in der Bauwirtschaft verlangsamt sich das Tempo etwas, denn die Branche stößt an Kapazitätsgrenzen und die Preise steigen mittlerweile deutlich, so dass die Nachfrage in diesem Bereich allmählich an Schwung verliert. Auch in anderen Branchen werden in den kommenden Quartalen die Preise etwas stärker steigen; dies dürfte die Nachfrage für sich genommen dämpfen.

Da außerdem die weltwirtschaftliche Dynamik im Umfeld weniger expansiver Geldpolitik voraussichtlich etwas an Schwung verliert, würde die deutsche Wirtschaft ohne den zusätzlichen fiskalischen Stimulus im Jahr 2019 allmählich in einen flachen Abschwung übergehen. Das wäre aber angesichts der zur Zeit äußerst günstigen Arbeitsmarktsituation verschmerzbar und würde kein finanzpolitisches Gegensteuern erfordern.

Vielmehr sollte sich die Politik darauf konzentrieren, den längerfristigen Wachstumspfad der deutschen Wirtschaft positiv zu beeinflussen. Angesichts der absehbar ungünstigen demographischen Entwicklung ist die Politik insbesondere gefordert, die Rahmenbedingungen für Investitionen attraktiver zu gestalten: Wenn es immer weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter gibt, müssen diese umso produktiver arbeiten können. Zu Recht hat sich die Große Koalition

daher auf zusätzliche Ausgaben in Bildung und Infrastruktur verständigt; für deren Wachstumseffekte ist zentral, dass diese Ausgaben gezielt getätigt werden und nicht mit der Gießkanne oder nach Regionalproporz verteilt werden.

Die finanziellen Spielräume für solche und weitere Maßnahmen sind da. Der öffentliche Gesamthaushalt dürfte in diesem Jahr ein Plus von fast 50 Milliarden Euro ausweisen (1,4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) und auch im kommenden Jahr, trotz der im Koalitionsvertrag vereinbarten Zusatzausgaben in zweistelliger Milliardenhöhe, nur wenig zurückgehen (1,2 Prozent). Zu warnen ist dennoch vor einer Überschätzung des Gestaltungsspielraums: Ein großer Teil der Überschüsse geht auf die gute konjunkturelle Lage zurück, ist somit nicht dauerhaft und sollte deshalb auch nicht dauerhaft verplant werden. Zudem profitiert die öffentliche Hand derzeit von ungewöhnlich niedrigen Zinsen; im Zuge der Normalisierung der Geldpolitik werden die damit verbundenen Einsparungen langfristig zurückgehen. Dies spricht etwa auch gegen die in der öffentlichen Diskussion immer wieder geäußerte Forderung einer breit angelegten Senkung der Einkommensteuer.

In konjunktureller Hinsicht dürfte die absehbar etwas strafere Geldpolitik das Expansionstempo im Euroraum etwas dämpfen. Auch in den USA dürfte die Zentralbank die Zügel etwas anziehen, so dass auch die US-Konjunktur – trotz der auch dort in Form von Steuerentlastungen und Ausgabenenkungen deutlich expansiveren Finanzpolitik – an Schwung verlieren dürfte. Alles in allem ist zu erwarten, dass

die derzeit sehr kräftige weltwirtschaftliche Dynamik etwas nachgibt.

Daher wird im späteren Prognosezeitraum das Tempo der deutschen Exporte zurückgehen und auch die Investitionstätigkeit auf einen etwas flacheren Kurs einschwenken. Zwar fallen im Zuge dessen auch die Beschäftigungszuwächse etwas geringer aus. Der insgesamt sehr guten Lage auf dem Arbeitsmarkt schadet dies aber nicht; zum Ende des Prognosezeitraums dürfte die Arbeitslosenquote bei 4,8 Prozent liegen.

Die grundsätzlich sehr günstigen wirtschaftlichen Perspektiven werden allerdings durch Risiken überschattet. So sind der jüngst an Schärfe gewinnende Konflikt um die Einführung von Zöllen auf US-Importe und andere protektionistische Tendenzen, wie sie sich etwa in Form der Brexit-Entscheidung, aber auch in den Programmen der siegreich aus den Wahlen in Italien hervorgegangenen Parteien manifestieren, aus deutscher Sicht besorgniserregend. Sollten derartige Maßnahmen den internationalen Güteraustausch maßgeblich beeinträchtigen, so würde dies auch die deutsche Exportwirtschaft in Mitleidenschaft ziehen. Zusätzliche Risiken erwachsen aus dem geldpolitischen Umfeld, gerade im Euroraum: Ein schnellerer als hier unterstellter Anstieg der Zinsen könnte die in einigen Ländern immer noch schwierige finanzielle Situation der Banken verschärfen und zu einem Wiederaufflammen der Finanzkrise im Euroraum führen, deren konjunkturelle Folgen auch die deutsche Wirtschaft beeinträchtigen könnten.

**Ferdinand Fichtner** ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [ffichtner@diw.de](mailto:ffichtner@diw.de)

**Guido Baldi** ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [gbaldi@diw.de](mailto:gbaldi@diw.de)

**Karl Brenke** ist Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | [kbrenke@diw.de](mailto:kbrenke@diw.de)

**Christian Breuer** ist Junior Professor für Europäische Wirtschaft an der technischen Universität Chemnitz | [christian.breuer@wirtschaft.tu-chemnitz.de](mailto:christian.breuer@wirtschaft.tu-chemnitz.de)

**Marius Clemens** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [mclemens@diw.de](mailto:mclemens@diw.de)

**Geraldine Dany-Knedlik** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [gdanyknedlik@diw.de](mailto:gdanyknedlik@diw.de)

**Hella Engerer** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in den Abteilungen Konjunkturpolitik

und Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin | [hengerer@diw.de](mailto:hengerer@diw.de)

**Marcel Fratzscher** ist Präsident des DIW Berlin | [mfratzscher@diw.de](mailto:mfratzscher@diw.de)

**Stefan Gebauer** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [sgebauer@diw.de](mailto:sgebauer@diw.de)

**Simon Junker** ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [sjunker@diw.de](mailto:sjunker@diw.de)

**Claus Michelsen** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [cmichelsen@diw.de](mailto:cmichelsen@diw.de)

**Malte Rieth** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | [mrieth@diw.de](mailto:mrieth@diw.de)

**Thore Schlaak** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [tschlaak@diw.de](mailto:tschlaak@diw.de)

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 11/2018:

[www.diw.de/diw\\_weekly](http://www.diw.de/diw_weekly)



## IMPRESSUM

---



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

[www.diw.de](http://www.diw.de)

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang

### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;

Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Stefan Liebig;

Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.; Prof. Karsten

Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

### Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

### Lektorat

Karl Brenke

### Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;

Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;

Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

### Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

### Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit

Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den

Kundenservice des DIW Berlin zulässig ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)